

Arbeiterstimme

Tageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Ostschlesien

Verlag: Leipzig, Buchhandlung „Der Arbeiter“, Postfach 100, 1925. Preis: 10 Pf. (Vierteljahr 30 Pf., halbes Jahr 55 Pf., Jahr 100 Pf.).

1. Jahrgang

Freitag, 8. Mai 1925

Nummer 30

Die Betriebe für die Forderungen des Offenen Briefes

Die Belegschaft des Sachswerkes in Niederjedlitz nahm am 6. Mai in einer stark besuchten Betriebsversammlung zu den Forderungen des Offenen Briefes der KPD Stellung und nahm nachstehende Resolutionen gegen eine Stimme an.

Resolution.

Die am 6. Mai tagende Betriebsversammlung des Sachswerkes Niederjedlitz hat die Forderungen, die die KPD für den einheitlichen Kampf gegen den Normarisch der Reaktion in ihrem „Offenen Brief“ an die SPD und den ADGB aufgestellt hat, für eine geeignete Plattform zur Organisierung des Kampfes gegen die Monarchie und ihren Präsidenten. Sie verlangt, daß sofort eine Betriebsratsversammlung des Wirtschaftsgebietes Dresden-Leuben und Umgegend einberufen wird, um die nächsten Kampfmaßnahmen zu beraten. Es gilt die Arbeiter zu mobilisieren für:

1. Erlass einer Vollamnestie, entsprechend des Abgeordneten Bid — Drucksache 157 — für Preußen und darüber hinaus Erlass einer Amnestie, nach den gleichen Gesichtspunkten aufgestellten Vollamnestie im Reich;
2. für alle Staatsbetriebe, auch wenn sie unter der Rechtsform von Aktiengesellschaften usw. geführt werden, den Achtstundentag, und, soweit Bergarbeiter und Arbeiter mit besonders schwerer, oder gesundheitschädlicher Arbeit in Betracht kommen, die 7-Stundenschicht ab 1. Mai 1925. Einwirkung auf die Gemeinden zu gleichem Vorgehen und Einwirkung mit allen Mitteln auf die Reichsbehörden für die allgemeine Durchsetzung des strengen Achtstundentages;
3. Aufhebung der Haussteuer ab 1. Mai 1925;
4. Aufhebung der Kolonialisierung und Militarisierung der Schulpflicht;
5. Mängelmeasures, die technische Rottfälle einzulösen, die Weisung der in Preußen vorhandenen Vermögen aller führenden deutschen Familien; Ausweisung der Angehörigen deutscher Herrscherhäuser, die sich in Preußen aufhalten und Einkünfte aller Art aus den Händen der Hohenzollern;
6. Säuberung der Beamtenschaft von allen monarchistischen Elementen.

Der aktive Kampf der Arbeiterschaft muß aus der Republik der Monarchisten eine Aufmarschlinie für proletarischen Kampf der Arbeiterschaft um Arbeiterrechte machen. Begrüßt den Präsidenten der Monarchie am 12. Mai mit dem Generalstreik. Zeigt allen Feinden der Arbeiterklasse die Rote Front.

2. Resolution.

Gegen die Klassenjustiz.

Die am 6. Mai 1925 tagende Betriebsversammlung des Sachswerkes Niederjedlitz erhebt schärfsten Protest gegen das im Tschika-Prozess gefällte Klassenurteil und fordert Zurücknahme der gefällten Todesurteile, sowie Straffreiheit der übrigen Beteiligten.

Die Berliner Betriebsräte für den Offenen Brief

Berlin, 8. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Die kommunistische Landtagsfraktion hat gestern die Betriebsräte der größten und wichtigsten Betriebe zu einer Aussprache zu der Haltung der KPD im Preußenparlament eingeladen. 131 Betriebsräte waren erschienen, davon gehörten 17 der SPD, 86 der KPD, an und 28 waren Parteiloze. Genosse Fiedl und Genosse Eberlein begründeten die bekannte Haltung der Kommunisten im Preußenparlament. In der Diskussion wurde von sozialdemokratischen Betriebsräten die Haltung der kommunistischen Fraktion im Preußenparlament vollkommene billigt. Einmütig war man der Auffassung, daß die Demagogie der SPD in den Betrieben, wonach die Monarchie und Monarchie seien und in Preußen vor allem in dem in den Deutsch-nationalen eine Arbeiterregierung verhindert hätten, längst in sich zusammengebrochen wäre, wenn die kommunistischen Abgeordneten nur ausreichende Vorträge vor den einzelnen Belegschaften gehalten hätten. Aus der Reihe der Betriebsräte kam der Wunsch, einen ständigen, autoritativen, sozialdemokratischen und kommunistischen Betriebsräten gebildeten Beirat zur engeren Verbindung der kommunistischen Fraktion mit den Belegschaften zu bilden. Die Haltung der Preußenfraktion und ihre Forderungen an die Regierung wurden gebilligt.

Wo stehen wir?

Von A. Hefert.

Der ehemalige Chefredakteur der „Leipziger Volkszeitung“, Herr Paul Lenck, schreibt in seiner jetzigen „Tribüne“, der „T. A. Z.“, dem Hauptorgan der Einigkeit, folgende treffende Sätze über den Bankrott der Sozialdemokraten und Demokraten bei der Wahl am 20. April.

„Daß die sozialdemokratischen Arbeiter in so großen Massen der Partei paroliert gefolgt sind und den im tiefsten Wesen selbstverständlich absolut reaktionären, herikalischen Kandidaten gewählt haben, macht in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie Epoche. Sie hat damit alles preisgegeben, was sie aus den Zeiten, wo sie noch auf den Namen: Sozialdemokratische Partei Anspruch erheben konnte, kennzeichnete. Zum Teufel ist der Spiritus, das Phlegma ist geblieben. Sie ist der früheren alten Sozialdemokratie heute so ähnlich, wie der Säure im Himmel dem Säure auf der Erde. Es wäre Zeit, daß sie ihren Namen ablegt. Sie ist jetzt eine brave, Kleinbürgerliche Partei geworden und sollte ihre alte löcherige Löwenhaut endlich in die Ecke schieben.“

„Die Partei schließlich mit dem großen Mund, die „Demokratie“, das empfindliche Bild der alten Berliner Reichspartei, hat sich durch ihre Presse das letzte Vertrauen verlohrt.“

Natürlich werden uns die Sozialdemokraten, denen wir dieses Bild von Paul Lenck unter die Nase reiben, erwidern: daß die Meinung eines schabigen Renegaten, wie es der große Paul aus Potsdam ist, für sie wenig zählt. Wir würden diesen Feind für den siegreichen Hindenburg gar nicht stören haben (obwohl wir mit seiner Charakterisierung der Felden von der formalen Demokratie, der mit dem großen Mund und der mit dem loyalen Präbilit, ganz einverstanden sind), wenn nicht der edle Rat der Weise einen Aufruf an die Mitglieder der SPD erteilt hätte, in dem es heißt:

„Hindenburg ist der Präsident von Gnaden Moskauer. Hierüber muß im deutschen Volke Klarstellung verbreitet werden. Als Hefert in Hindenburgs muß die kommunistische Partei allerorts vor den arbeitenden Massen gekennzeichnet werden. Dieser neuesteerrat der Lebensinteressen der Arbeiterschaft muß zu einer gründlichen Abrechnung mit dem Kommunismus führen.“

Dieses erbärmliche Gebelset getrotzener Hände hilft nicht über eine Reihe von Tatsachen hinweg, und Tatsachen sind besonders hartnäckige Dinge. Wir wollen ganz unbeachtet lassen, daß einst die Sozialdemokraten durch ihren Muckertkämpfer Heilmann proklamierten: „Wir gehen zu Hindenburg“. Viel wichtiger ist schon die andere Tatsache, daß die sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsgruppen im November 1918 statt für die Verwirklichung des Sozialismus zu kämpfen, mit denselben Stimmeln, von denen sie jetzt grollend verkünden werden, eine Arbeitergemeinschaft zur Rettung des Vaterlandes vor der sozialen Revolution gründeten.

Für einen denkenden sozialdemokratischen Arbeiter wäre es sehr angebracht, statt gedankenlos das blöde Geschwätz der reformistischen Bonzen und Schieber nachschlappen, sich an diese simple Tatsache zu erinnern. Dabei könnte ihn wohl, und nicht ganz von ungefähr, dämmern, daß damit der Wurzeln in den Dreck begann, und daß die jetzige Niederlage der „sozialistischen“ Republik — so nannten die Ebert und Dittmann 1918 Deutschland — in der Arbeiterschaft mit Stimmeln, Borjig und Hindenburg — hier ihre Wurzel findet und nicht in dem „Vertrat der Kommunisten“, die die Arbeitergemeinschaftspolitik immer auf das Schärfste bekämpften.

Doch gehen wir in unserer Unternehmung einen Schritt weiter, zu anderen, nicht minder wichtigen Tatsachen. Im Jahre 1903 konnte die sächsische Sozialdemokratie auf 22 sächsische Wahlkreise das rote Banner aufstellen. An diese Zeit sich zu erinnern muß doch das Herz eines braven Sozialdemokraten hochgehoben lassen: Sachsen in der Welt voran. Gewiß war nachher dieser 1903 gewonnenen Anteil in der Zukunft nicht zu halten, doch gab es in Sachsen Hochburgen des Sozialismus. Wer kennt nicht ihre Namen? Leipzig-Land, Dresden-Land, Chemnitz, Glauchau-Meerane, Stollberg-Schneeberg, Zwickau, um nur einige zu nennen. Sie waren zum Teil schon im norddeutschen Bundesparlament von 1867 vertreten. Das waren die Bahrtreue von Bebel, Wilhelm Liebknecht, Ignaz Auer, Goldstein, Stolle, Fritz Geyer, Horn, ganz gewiß keine Namen von Hinj oder Kunz. Wenn 1903 jemand behauptet hätte, die sozialdemokratische Partei werde die alten letzten Bollwerke der Arbeiterschaft an die Konservativen verlieren, der wäre als reich für den Sonnenstein erklärt worden. Oder ist es nicht so, ihr Herren Führer der Sozialdemokratie von heute?

Wie steht es aber mit diesen Bollwerken, diesen Hochburgen des Sozialismus jetzt? Überall hat Hindenburg die SPD.

Die Enthüllung der „Pinten“

Die sächsischen Maulhelden gegen den Kampf.

Die Angebote der KPD, den Kampf gegen die Monarchisten und die Reaktion endlich mit Entschiedenheit aufzunehmen, hat die „Pinten“ Trottel sehr schnell genommen, sich zu entziehen. Auf unsere Aufforderung an die Arbeiterschaft, den Kampf gegen die Hindenburg-Diktatur aufzunehmen, antworten sie in einem langen Artikel mit Verdrehungen der Tatsachen. Zuerst kommt die jetzt übliche Waise:

„Sie (die Kommunisten) haben Hindenburg zum Siege verholfen, jetzt wollen sie helfen beim Kampfe gegen Hindenburg.“

„In Preußen ist ihnen das Herz in die Hose gerutscht, es ist die Angst vor der Auflösung in Preußen.“

„Mit solchen und anderen Rechenarten jonglieren die Schmeißer über unsere Kampfaufforderung hinweg.“

Wir haben gewünscht, daß es so kommen wird. Wir haben die linken Offenen Briefen das zu dem Vorwissen vorausgesetzt. Die SPD ist die Partei des Bürgertums. Sie kann nicht gegen die Restauration des Kapitals kämpfen. Sie führt nur den Kampf um Werten und Futterstücken. Sowohl in Preußen, wie auch jetzt in Sachsen zeigt sie das deutlich den Arbeitern. Unter Angebot in Sachsen, die Arbeiter zum Kampf zu mobilisieren, hat sie veranlaßt, sich im Galopp der Deutschen Volkspartei in die Arme zu werfen. Auf unsere Forderung, den Kampf gegen die Monarchie zu führen, stellen die Braun, Wels und Heimann die Front mit den Monarchisten her.

Die KPD wird die Auflösung des Landtags erzwingen. So Arbeiter werden entscheiden, ob sie in Hindenburg gehen wollen, oder ob sie gegen die Monarchie kämpfen.

Die „linken“ Sachen antworten mit Phrasen aus dem „Normarisch“. Sie quasseln von der Einheitsfront unter dem Banner der Sozialdemokraten. Sie möchten das gesamte Proletariat an Hindenburg ausliefern, so wie sie die acht Millionen Wähler an Marx ausliefern.

Arbeiter! Es gilt, den Betrat zu durchkreuzen! In Betrieben, in Gewerkschaften schafft die Einheitsfront.

Heraus aus der SPD!

Sinein in die KPD!

Die „große Volksgemeinschaft“ in Preußen

Berlin, 7. Mai. Im Preußischen Landtag fand heute nachmittags eine eingehende Besprechung zwischen Deutschen, Deutschen Volkspartei und Zentrum statt. Im Mittelpunkt dieser Besprechung stand der vom Zentrum angeregte Gedanke der

Bildung eines Kabinetts der großen Volksgemeinschaft, das bereits vom früheren Ministerpräsidenten Marx immer wieder befürwortet war. Zu einer abschließenden Stellungnahme ist es noch nicht gekommen.

Die preußische Regierung steht vor der Entscheidung. Am morgigen Freitag mittags 12 Uhr tritt der Reichstag des Landtages zusammen und in dieser Sitzung wird entschieden werden, ob das Kabinett Braun am Nachmittag im Plenum die Vertrauensfrage unter dem Status quo stellen wird, oder ob noch ein anderer Weg zur Lösung der Krise möglich ist. Es ist nicht ausgeschlossen, daß auch ohne vorherige Zustimmung der sich gegenüberstehenden Parteigruppen sich eine Mehrheit für Braun ergibt.

Die Deutschnationalen zusammengehen. Die „Dr. B.“ schreibt gestern noch, die Kommunisten haben Angst vor der Auflösung. Es zeigt sich aber, daß die Angst bei den anderen ist.

Hindenburg-Rummel in Hannover

Hannover, 7. Mai. Zu Ehren des neuen Reichspräsidenten Generalfeldmarschall von Hindenburg fand heuteabend ein Festgala statt. Mit kühnen Korporationen an der Spitze, denen Schützen, Militär, Krieger, Marine, Bürger, Turn-, Ruder- und Gesangsvereine, Handwerkerinnungen und Schulen, sowie die vaterländischen Verbände folgten, marschierte der Zug unter den Klängen der Musikposteln und den Gesängen vaterländischer Lieder durch die von einer zahlreichen Menge gefüllten Straßen und Plätze zur Villa von Hindenburg. Der Generalfeldmarschall nahm von einem Feind seines Haukes aus den über 1 1/2 Stunden währenden Vorbeimarsch entgegen.

Die Kommunisten veranstalteten eine gewaltige Gegen-demonstration. Zu Zwischenfällen ist es nicht gekommen. — Die Augsburger-Burschen waren nirgends zu sehen.

Verfallungsverbot für Ruth Fischer in München

Die Münchener Polizei hat eine Verfallung, in der Ruth Fischer über das Thema: „Hindenburg mit kommunistischer Hilfe gewählt?“ verboten. Als Grund wird angegeben, daß Ruth Fischer der Moskauer Exklusiv angehöre. Es wird die republikanische Verfassung gehandhabt.